

SPD im Thüringer Landtag  
Kommunalpolitischer Sprecher  
Uwe Höhn  
Apothekergasse 5

Ansprechpartner: Martin Truckenbrodt  
Vorstand

Telefon: 036766 84790  
E-Mail: mt@henneberg-itzgrund-franken.eu

**98646 Hildburghausen**

Datum: 6. Dezember 2015

## Kreisgebietsreform

Sehr geehrter Herr Höhn,

wir trafen uns vergangenen Freitag bei einer Veranstaltung des SPD-Kreisverbandes Hildburghausen zum Thema Kreisgebietsreform. Ich möchte hiermit kurz daran anknüpfen.

Unser Vorschlag zur Schaffung von **Verwaltungsgemeinschaften der Landkreise und kreisfreien Städte** als Alternative zu größeren „Einheitslandkreisen“, den sogenannten „Monsterlandkreisen“, birgt aus unserer Sicht enormes Potential:

- Zum einen ergibt sich durch eine **deutliche Verringerung des Aufwands**, sowohl für die Umsetzung der neuen Strukturen als auch im späteren Betrieb, eine **sehr deutlich höhere Effizienzsteigerung**.
- Zum anderen **wird dieses Modell der Kleinteiligkeit gerecht**, die es, nebenbei bemerkt, nicht nur im Freistaat Thüringen gibt.
- Weiterhin **erhöht** sich hierdurch die **Umsetzbarkeit neuer Strukturen** auf der oberen kommunalen Ebene erheblich.

Auf den letzten Punkt möchte ich genauer eingehen:

Wie mein Vereinsfreund Kay Stöcklein aus Bedheim, Landkreis Hildburghausen, am Freitag auf Grund seiner an unserem Informationsstand am 3. Oktober in Sonneberg (25 Jahre - grenzenlos fränkisch) gesammelten Erfahrungen schilderte, wird schon eine Verbindung von Sonneberg und Hildburghausen keine Liebesheirat werden. Eine Verbindung mit Suhl wird sogar dazu führen, dass große Teile der Sonneberger Bevölkerung Amok laufen werden. Diese Formulierung ist nicht wirklich übertrieben. Im vergangenen Juli hat sich in Sonneberg ein weiterer pro fränkischer Verein, die Südthüringer Fränkische Bürgerinitiative, gegründet, der genau in diese Kerbe schlagen wird. Man muss, nüchtern und realistisch betrachtet, damit rechnen, dass dieser Verein viel Unterstützung und Zulauf erfahren wird. Letztendlich spiegelt dieser Verein lediglich eine schon länger und immer wieder auch von anderen geäußerte Stimmungslage wieder.

Auch wenn wir an den immer wieder geäußerten Wechselgedanken Sonnebergs nach Oberfranken, also in den Freistaat Bayern, grundsätzlich nichts zu kritisieren haben, weil wir diese letztendlich als logische Konsequenz einer nüchternen Betrachtung der sehr engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen (Hildburghausen,) Sonneberg und dessen de facto Oberzentrum Coburg betrachten, so werden wir uns an der Stimmungsmache gegen Suhl nicht beteiligen. Wir fordern stattdessen seit unserer Vereinsgründung Ende August 2013 mehr Zusammenhalt im fränkischen Teil des Freistaats Thüringen zwischen Bad Salzungen und Sonneberg. Wir freuen uns deshalb z.B. immer wieder, wenn Christine Zitzmann und Dr. Jens Triebel, quasi als parteilose Fraktion und als bekennende Franken, gemeinsam in der Öffentlichkeit auftreten. Ein kleiner Höhepunkt war diesbezüglich dieses Jahr u.a. ein Vortrag des Suhler Oberbürgermeisters zum Thema Kirmes in Schalkau im Sonneberger Hinterland, dort wo die Kirchweih, wie in grossen Teilen Frankens üblich, Kerwa heißt.

Auch wenn wir die Zugehörigkeit unser fränkisch geprägten Region zwischen Rennsteig und der Landesgrenze zum Freistaat Bayern nicht nur auf Grund der landsmannschaftlichen Zugehörigkeit (Formulierung siehe Art. 29 GG) sondern vor allem auch auf Grund der eindeutig dominierenden sehr engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit Unter- und Oberfranken (siehe ebenfalls Art. 29 GG) in Frage stellen, so betrachten wir den Freistaat Thüringen dennoch nicht als unseren Feind. Wir sind lediglich mit einigen grundsätzlichen Aspekten der seit 1990 praktizierten Thüringer Landespolitik nicht einverstanden, was wir zuletzt mit einer Fristsetzung, gewissermaßen abschließend, in unserem Offenen Brief vom 23.9.2015 an die betreffenden Teile der Thüringer Landesregierung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht haben.

Um es mit einer Deutlichkeit zu äußern, auf die wir bisher bewusst verzichtet haben: Unsere Idee der Verwaltungsgemeinschaften der Landkreise und kreisfreien Städte, welche wir seit dem 27.1.2015 immer wieder bewerben, betrachten wir als große Chance für die Thüringer Landesregierung und den Freistaat Thüringen. Dieser Vorschlag stellt aus unserer Sicht das entscheidende letzte Puzzleteil dar, im Freistaat Thüringen ein sehr wichtiges Reformvorhaben erfolgreich umsetzen zu können. Wir denken hier durchaus im Interesse des Freistaats Thüringen und dessen Bürgerinnen und Bürger, sowohl südlich als auch nördlich des Rennsteigs.

Dieses Schreiben erhalten in Kopie ebenfalls die beiden kommunalpolitischen Sprecher der Koalitionspartner Ihrer Partei und das Thüringer Innenministerium.

Mit freundlichen Grüßen